



Kreistag Borken

CDU-Fraktion im Kreistag Borken
Der Vorsitzende
Markus Schulte
Grünstiege 95
48599 Gronau
02562-7262093
E-Mail
schulte-markus@versanet.de

Internet
www.cdu-kreis-borken.de

Haushaltsrede der CDU-Fraktion für das Haushaltsjahr 2015

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Zwicker

Sehr geehrte Kreistagskolleginnen und –kollegen

Sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung,

verehrte Zuhörer aus Bürgerschaft und Presse!

2012 habe ich den Dank an den Landrat und die Verwaltung an den Anfang meiner Haushaltsrede gestellt...

2013 waren die ersten Worte ... „Und es geht weiter“

2014 dann „Alle Jahre wieder“ ...

Diesmal wird es etwas anders.

Und auch wenn wir uns hier schon oft gegenseitig „vorgeworfen“ haben das wir hier kleine Landtagsdebatten oder sogar Bundestagsdebatten führen, so muss man doch angesichts des **aktuellen Handelns der rot-grünen Landesregierung damit beginnen, unter welchen Rahmenbedingungen unser Tun im Kreistag stattfindet.**

Doch werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf den Hebesatz zur Kreisumlage im Kreishaushalt 2015. Schon auf den ersten Blick erkennt man: **Der Kreis ist gut aufgestellt!**

Dabei gehen wir im Westmünsterland sparsam mit unseren Ressourcen um.

Die Höhe der Kreisumlage ist mit 29,8 Prozentpunkten erneut die niedrigste in ganz Nordrhein-Westfalen. Die Jugendamtsumlage wird heute durch den gemeinsamen Antrag

von CDU und FDP auf 23,3 Prozentpunkte festgesetzt und damit niedriger als zunächst geplant.

Trotzdem beschleicht mich das Gefühl, dass wir heute einen Überbietungswettbewerb von SPD und UWG erleben werden nach dem Motto: „Wir wollen aber noch niedriger!“

Dazu sage ich ganz deutlich: In den vergangenen Jahren haben wir, wohl kalkuliert, die Ausgleichsrücklage dermaßen stark in Anspruch genommen, um unsere Kommunen im Kreis Borken zu entlasten, dass wir im gegenwärtigen Haushalt bei ca. einem Prozent der Gesamthaushaltssumme als Ausgleichsrücklage angelangt sind (ca. 4 Mio. Euro). **Wir stehen auch weiterhin für eine niedrige Kreisumlage. Fest steht aber auch: der Kreis muss handlungsfähig bleiben. Auch zum Wohle der kreisangehörigen Kommunen.**

Und die SPD sollte lieber auf Ihre Landesregierung Einfluss nehmen um für unsere Kommunen was Gutes zu tun, als auch noch das letzte bisschen Rücklage opfern zu wollen, um möglichst gut da zu stehen!

Aber dazu später mehr.

Die Gemeinden und Städte in unserem Kreis sind das Zuhause unserer Bürgerinnen und Bürger.

Sie bieten Lebensqualität, Versorgung, Bildungschancen, Arbeitsplätze, Generationen angepasste Angebote und Freizeitmöglichkeiten gestalten sich im direkten Lebensumfeld der Menschen.

Die CDU im Kreis Borken steht daher für lebenswerte Städte und Gemeinden in ihrer Verschiedenartigkeit und Vielfalt.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger die sie betreffenden Angelegenheiten selbst organisieren und gestalten können.

Wir haben großes Vertrauen in den Gestaltungswillen und in das Gestaltungsrecht der Menschen in unseren Kommunen, weil sie aufgrund ihrer Kenntnisse am besten wissen, welche Entscheidung vor Ort sinnvoll getroffen werden sollte.

Und dazu meine Damen und Herren gehört der Kreistag ebenfalls.

Und dann gibt es da noch diese rot grüne Landesregierung in NRW, die sich offenbar zum Ziel gesetzt hat uns allen dabei das Leben schwer und für manche Menschen in unserem Kreis gar zur Hölle zu machen.

Das was derzeit in Düsseldorf stattfindet, ist besorgniserregend. Der ländliche Raum kommt dort spürbar unter die Räder.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) ist eine verbindliche und langfristige Vorgabe für Kommunen und Behörden. Mit dem aktuellen Entwurf, der den alten LEP aus dem Jahr 1995 ersetzen soll, will die Landesregierung ihre rot-grüne Umweltpolitik zementieren.

Wir haben uns in den Gremien des Kreistages im letzten Jahr bereits mit dem LEP auseinandergesetzt. Jetzt lehnen die unabhängigen Wirtschaftsexperten der "Clearingstelle Mittelstand", die Rot-Grün selbst geschaffen hat, den Entwurf der Landesregierung für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) weitgehend ab. Die Wirtschaft kommt nach Auffassung der Experten deutlich zu kurz.

Kein Wunder wenn man dieses wichtige Thema dem grünen Ideologen Johannes Remmel überlässt.

Die Klimaziele in Bezug auf Treibhausgase werden von den Beteiligten (IHK, Handwerkskammern, Unternehmerverbände, kommunale Spitzenverbände, Deutscher Gewerkschaftsbund) übereinstimmend abgelehnt", so die Stellungnahme der Clearingstelle.

Begründung: "Erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses LEP-Ziels" und ein "hohes Maß an Rechts-, Planungs- und Investitionsunsicherheit"

Das Ziel den täglichen Flächenverbrauch etwa für neue Siedlungen, Gewerbegebiete und Straßen bis 2020 von derzeit 14 auf künftig fünf Hektar reduzieren. Das Fernziel von Rot-Grün ist sogar "Netto-Null".

Auch das lehnt Clearingstelle entschieden ab: "Die Verfügbarkeit von Fläche ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Entwicklung eines zukunftsfähigen Wirtschaftsstandorts.

Ebenfalls streichen wollen die Mittelstands-Experten die im LEP-Entwurf vorgesehene "Festschreibung von Tabugebieten". Nach dem Willen von Rot-Grün soll in Nationalparks, Natur- und den meisten Wasserschutzgebieten der Abbau von Rohstoffen wie Sand, Kies, Lehm, Kalk- oder Sandstein grundsätzlich verboten sein. Das aber gefährde die Versorgung, meinen die Clearing-Gutachter, die bei der IHK NRW angesiedelt sind.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Auch die CDU ist für einen sparsamen Flächeneinsatz. Aber unsere Kommunen brauchen auch zukünftig Entwicklungsmöglichkeiten für Wohn- und Gewerbegebiete!

Ähnlich gelagert sind die Probleme bei der Änderung des Jagdgesetzes, fehlerhaft, halb gar und voll gestopft mit grüner Ideologie!

Über Jahrzehnte war die Politik hier von gegenseitigem Respekt, Gesprächs- und zumindest grundsätzlicher Konsensbereitschaft geprägt.

Durch die faktische Nichteinbindung von Betroffenen und den Respektlosigkeiten gegenüber den Handelnden, zeigt hier die Landesregierung, die den Begriff der Partizipation und Bürgernähe gern für sich beansprucht, ihr wahres Gesicht.

All diese Beispiele sind mal wieder ein direkter Angriff auf den ländlichen Raum und das schlimme daran ist, die Liste ist nicht annähernd vollständig... allein die Zeit reicht nicht!!!!

Erinnern Sie sich noch an den so genannte „Kommunalsoli“, über den wir im letzten Jahr bereits gesprochen haben?

Damals habe ich das Beispiel der kleinen Gemeinde Heek bemüht, die ca. 250.000 Euro Kommunalsoli zahlen muss.

Dieses Geld geht dann z.B. in Großstädte wie Essen, die aus Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen etwa 1.800 Euro pro Einwohner zur Verfügung haben, während Heek aus eigener Steuerkraft lediglich 1.100 Euro pro Einwohner aufbringt.

Vollkommen absurd wird das Ganze in diesem Jahr.

Der Haushalt der Gemeinde Heek sieht ein Defizit von 1,6 Mio. Euro vor. Der Kommunalsoli muss aber trotzdem gezahlt werden.

Unsere Kommunen rutschen durch die Rechenricks der Landesregierung eine nach der anderen in diese Zahlungsverpflichtung hinein.

Das ist nichts anderes als Abzug von Finanzmitteln aus dem ländlichen Raum. Wir müssen bluten für die sozialistische Misswirtschaft in den Ballungsgebieten!!!

Wie sagte Adenauer so passend?

„Alles was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben wollen“

Er kannte die Grünen noch nicht und ich bin mir sicher dass er erkannt hätte das auch diese zum Stamme Nimm gehören.

Und sie nehmen es wo sie es kriegen können ohne Rücksicht auf Verluste! **Hoffen wir dass die eingereichte Klage gegen diesen Wahnsinn auch Erfolg hat!**

Apropos: „Nehmen wo man es kriegen kann...“

Spätestens nach dem gegenwärtigen Antrag der Linken / Piraten **(Stichwort Personalstellen für Gruppen und Fraktionen)** kennt jetzt jeder die wahren Gründe die hinter ihren Mühen stehen, eine Gruppe sein zu wollen. Das sie keinen Wert auf die Mitarbeit in Ausschüssen legen, hatten sie uns ja bereits mitgeteilt.

Wir haben uns in der Vergangenheit an der Rechtsprechung orientiert und werden das auch gegenwärtig und zukünftig tun.

Auch wenn es die Kapriolen der Gerichte einem dabei nicht wirklich leicht machen.

Deshalb werden wir demnächst im Kreistag den Antrag stellen die Ausschüsse wieder neu zu wählen. **Es wird Zeit das wir endlich zur Sachpolitik zurück kehren und uns nicht dauerhaft mit uns selbst beschäftigen.**

Die CDU setzt auf Kommunale Selbstverwaltung!

Rot-Grün setzt auf mehr staatliche Kontrolle und Überwachung, mehr Vorschriften für die Menschen und mehr Bürokratie.

Hier sollen Ideologien auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden. Doch Ideologien sind keine wissenschaftlichen Begründungen, keine Erkenntnisse oder gar das Produkt aus Beratungen und Abwägungen sondern das Gegenteil.

Und wenn die Grünen heute im Verlauf dieser Kreistagssitzung die Finanzierung des Flughafen Münster Osnabrück ablehnen, dann hat das arg wenig mit ihrer wirtschaftlichen Voraussicht zu tun, sondern ist schlichtweg das stringente Verfechten Ihrer Ideologie!

NRW und seine Kommunen sind kein Sandkasten für rot grüne Planspiele und Ideologien. Was sonst am Ende

zurückbleibt, ist eine wirtschaftliche und ökologische Wüste.

Bei bundesweiten Vergleichen liegt NRW bereits jetzt in der Bildung und Wirtschaft auf hinteren Plätzen.

Ein Punkt macht mich aber ganz besonders betroffen:

Die Zerschlagung der Förderschulstrukturen hier im Kreis

Borken. Mit großer Sorge sehe ich die Diskussion und Entwicklung im Bereich der Förderschulen Lernen.

Bereits in 2013 haben wir hier gemeinsam parteiübergreifend im Kreistag und in vielen Stadt- und Gemeinderäten eine Resolution in Richtung Land verabschiedet, die sogenannte Mindestgrößenverordnung nicht starr anzuwenden, sondern wegen der besonderen Bedingungen vor Ort und gerade den besonderen Entfernungen im ländlichen Flächenkreis Ausnahmemöglichkeiten und längere Übergangs- und Anpassungszeiträume vorzusehen.

Die Antwort aus Düsseldorf kennen Sie!

Auch in dieser Frage gibt es offensichtlich keinen wirklichen Fürsprecher des ländlichen Raums in der Landesregierung.

Stattdessen: wieder mal Ideologie, Unflexibilität und Orientierung an großstädtischen Strukturen!

Die sprichwörtliche Suppe haben jetzt die 6 betroffenen Standortkommunen – aber ich betone und befürchte auch: die betroffenen Eltern und Schüler – auszulöffeln.

Selbstverständlich wollen wir als CDU, dass alle Kinder bestmöglich gefördert werden und selbstverständlich wollen wir alle unterstützen, die für ihr Kind trotz Behinderung oder besonderem Förderbedarf die Regelschule wählen.

Deswegen unterstützen wir auch die Erstellung des Inklusionsplans Bildung und alle Anstrengungen, die zu einem größeren Selbstverständnis im Umgang und in der Integration von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen führen.

Und wir verschließen auch nicht die Augen davor, dass die Schülerzahlen an unseren Förderschulen Lernen jährlich weiter zurückgehen und dies über kurz oder lang die bisherige Zahl von Schulstandorten zwingend in Frage stellen muss.

Ich hoffe, dass ein Konsens unter den Kommunen gelingt, um künftig überhaupt ein Förderschulangebot Lernen zumindest auf mittlere Sicht vorhalten zu können.

Unnötig erschwert wird die ohne hin schwierige Konsensfindung dadurch, dass das Land Druck aufbaut und zu einer Entscheidung „zwischen Pest und Cholera“ zwingt, indem es zur

schnellen Schließung von vor Ort gut aufgestellten und hoch akzeptierten Förderschulen in Gronau, Stadtlohn und Borken auffordert.

Ich sehe ehrlicher Weise zu einer solchen Entscheidung keine ernsthafte Alternative. Ich sage aber auch: eine solche Entscheidung wird mit der Faust in der Tasche – und vielleicht auch einer Träne im Auge – getroffen.

Und ich kann sowohl den Ärger, den Frust, die Enttäuschung und die Trauer verstehen.

Anders als offensichtlich Frau Ministerin Löhrmann, der es in Wahrheit doch nur um eine Gesamtschulisierung und eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems geht!

Wer will mir vor diesem Hintergrund allen ernstes sagen, wir sollen hier keine Debatten zu Themen der Landespolitik führen, wenn die Landesregierung stringent ihren „Morgenthauplan“ für den ländlichen Raum durchzieht.

Neben der großen Aufgabe, uns als Kreistag mit aller Macht gegen das eben Genannte zu stemmen, sehen wir als CDU folgende Schwerpunkte, die es ebenfalls zu bearbeiten gilt:

Demographischer Wandel

Die Gestaltung des demographischen Wandels ist für uns eine, wenn nicht gar die zentrale Gegenwartsaufgabe.

Der Kreis versteht sich dabei als Moderator, Koordinator und Unterstützer in enger Kooperation mit allen gesellschaftlichen Akteuren und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden.

Die Thematik prägt ganz entscheidend unser Kreisentwicklungsprogramm „Kompass 2025“, das uns auch die Handlungsschwerpunkte für das neue Jahr vorgibt.

Optimierung der Standortqualität

Bei der Optimierung der Standortqualität unseres Westmünsterlandes ist der weitere Ausbau der schnellen Datenautobahn von entscheidender Bedeutung.

Nach eigenen Erhebungen liegt die aktuelle Versorgungsquote im Kreis Borken auf Basis 50 Mbit im Download bei fast 80 Prozent. Damit ist der Kreis Borken im Quervergleich sehr gut aufgestellt. Bei der Versorgung mit hochleistungsfähigen Glasfaserleitungen bis in die Haushalte nehmen wir unter den Flächenkreisen sogar eine Spitzenposition ein. Dass nun die Landesregierung diese Problematik nach Jahren des

Zuschauens erkannt hat, ist zu begrüßen, wurde aber auch langsam Zeit!

Wissenstransfer und Fachkräftesicherung

Es ist unser Ziel in der derzeitigen Startphase der neuen EU-Förderperiode die Möglichkeiten zu nutzen, um innovative Projekte gerade auch in Sachen Wissenstransfer zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft zu initiieren und regionale Innovationsvorhaben voran zu treiben.

Das Thema „Fachkräftesicherung“ stellt eine besondere Herausforderung dar.

Daher begrüßen wir den Aufruf des Vorsitzenden der Regio Achterhoek und Bürgermeisters von Doetinchem, sowie des Bürgermeisters von Winterswijk, die öffentlich dazu auffordern, dass Niederländer verstärkt als Grenzgänger ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt bei uns im Westmünsterland nutzen sollen,

ebenso wie die Initiative der Stadt Borken, das Thema „Fachkräftesicherung“ in den Blickpunkt des „Borkener Industrie- und Gewerbetages“ (BIG) am 21. Juni dieses Jahres zu stellen.

Gewinnung von Hausärzten

Unsere erfolgreiche Initiative „Hand aufs Herz“ mit dem Praxismonat für angehende Mediziner wird auch in diesem Jahr weitergehen.

Weitere wichtige Ziele der CDU sind es die **Pflegeinfrastruktur im Kreis genau zu analysieren**, um künftig besser zu wissen, welche Angebote in welchen Orten bedarfsgerecht entwickelt werden müssen.

Öffentliche Betreuungsangebote in Kitas und Tagespflege sollen weiter bedarfsorientiert ausgebaut werden.

2015 wird ein **neuer Nahverkehrsplan**, erstmals auf der Basis einer breiten Bürgerbefragung, aufgestellt, um den Bedarf für den ÖPNV noch besser ermitteln zu können.

Gemeinsam mit unseren 17 Städten und Gemeinden wollen wir die **erfolgreiche Arbeit des „Jobcenters im Kreis Borken“ fortsetzen**. Wir haben landesweit die zweitniedrigste Arbeitslosenquote und immer weniger „Dauerbezieher“ von Hartz IV-Leistungen haben.

Die Verwirklichung vieler Projekte im „RegionaleZukunftsLAND“, besonders auf unser gemeinsam mit der Stadt Vreden initiiertes Großvorhaben „Kulturhistorisches Zentrum Westmünsterland“ sind wir stolz.

Ein neues, sehr unwägbares Ziel für uns ist es, vernünftig und angemessen der steigenden Zahl an Flüchtlingen die in unseren Kreis kommen zu helfen.

Für 2015 rechnet das Land NRW mit 43.000 weiteren Schutz- und Hilfesuchenden, die auch auf unsere Kommunen verteilt werden müssen. Es kommen also zusätzliche Belastungen auf uns zu. Unsere Städte und Gemeinden brauchen Unterstützung von Bund und Land, um diese Aufgabe zu bewältigen.

Unterstützung aus der Bevölkerung gibt es bereits in vielfacher Weise. Dafür sage ich all den Ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich vor Ort einsetzen, unseren herzlichen Dank!

Für all diese Ziele, die planbaren und die unabwägbaren, bietet der durch die Verwaltung vorgelegt Haushalt eine gute Basis um das Jahr 2015 mit seinen Herausforderungen zu meistern!

Daher stelle ich, für die CDU Fraktion an dieser Stelle fest:

Der Haushalt ist in den einzelnen Fachbereichen gut aufgestellt, so dass wir dem vom Landrat und Kreiskämmerer eingebrachten Haushalt, mit den von uns diskutierten Änderungen, zustimmen.

Am Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich beim Landrat, bei den Herren des Verwaltungsvorstandes, insbesondere bei Kämmerer Wilfried Kersting und seinem Team, für die hervorragende Arbeit im Rahmen des Haushaltes 2015 sowie der Zusammenarbeit im vergangenen Jahr herzlich bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.